

5.4 Schweiz - Gesellschaft im Wandel

Prof. Dr. R. Levy

Überblick

Die schweizerische Gesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten einen markanten Wandel durchgemacht, der neue Probleme schafft. Dessen allgemeine Tendenzen sind:

- Zentrale gesellschaftliche Strukturen (Bildung, Wirtschaft) haben stark expandiert.
- Die Wirtschaft hat längerfristig einen tiefgreifenden Strukturwandel von der agrarischen zur industriellen bis hin zur Dienstleistungsgesellschaft durchgemacht, in der Forschung, Qualifikation und Machtkonzentration eine verstärkte Bedeutung haben.
- Die wirtschaftliche und sonstige Verflechtung mit dem internationalen Raum hat sich verstärkt, mit wichtigen internen Folgen (Bedrohung von Arbeitsplätzen, politische Machtverlagerung ins Ausland, Relativierung der nationalen Politik).
- Verstärkung des Konkurrenzdrucks auf den Märkten und in der Arbeitswelt mit problematischen Folgen für das Privatleben.
- Diversifizierung der Lebenswelten und damit verstärkter Individualismus.

Welche Schweiz? Welcher Wandel?

Trotz seiner scheinbaren Einfachheit, ja Selbstverständlichkeit deckt der Name eines Landes vielerlei ab. Im Folgenden wird die "Schweiz" soziologisch betrachtet, als eine Gesellschaft, die auf einem bestimmten Territorium existiert und eine Geschichte hat. Die Organisation einer modernen Gesellschaft ist in verschiedene Funktionsbereiche gegliedert, die alle grundsätzlich durch strukturelle und kulturelle Elemente gekennzeichnet sind. So zeichnet sich die Wirtschaft unter anderem durch eine bestimmte Sektorenstruktur aus, aber auch durch das eingesetzte Spezialwissen oder das vorherrschende Arbeitsethos. Analoges gilt für die Politik, für das Bildungswesen und für andere Bereiche des sozialen Lebens, seien sie auf der makrosozialen Ebene angesiedelt oder auf der mikrosozialen wie etwa die Familie. Die drei zuerst genannten Gesellschaftsbereiche stellen auf makroskopischer Ebene den Kern der Sozialorganisation dar und sind insofern für die Strukturierung der Lebenswelten besonders wichtig, in welchen die Bewohner des Landes ihre Alltagserfahrungen machen. Auch die räumliche Gliederung ist eine nicht vernachlässigbare Dimension der Sozialorganisation. Gesellschaftliches Leben und seine Organisation steht in direkter Beziehung zum Territorium: Einerseits ist jede Sozialorganisation an einen geographischen Raum gebunden, andererseits wird dieser Raum sozial "verwaltet"; die relevanten territorialen Räume können ihrerseits verschieden umfassend sein, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die territoriale Differenzierung kann in diesem Zusammenhang, wenn auch stark vereinfachend, in erster Linie mit zentral/peripher oder ausdrücklicher und gezielter mit reich/arm gleichgesetzt werden – darauf wird noch zurückzukommen sein. Hinsichtlich der globalen Ebene ist zu vermerken, dass die Schweiz im internationalen Sozialraum eine spezifische Position einnimmt. Gebraucht man die frühere Windrosenmetapher, so gehört sie zum westlichen Norden, d.h. zur Gruppe der besonders stark entwickelten, postindustriellen Nationen des "Westens" bzw. der Ersten Welt, welche über den Kolonialismus und die auf ihn folgende wirtschaftliche Durchdringung der übrigen Welt durch westliche multinationale Konzerne zum globalen Herrschaftszentrum geworden ist. Zwar hat die Schweiz als Nation nicht an der Kolonialisierung teilgenommen, wohl aber Teile ihrer Wirtschaft. Auch allgemeiner ist sie seit Jahrhunderten auf vielfältigste Weise mit der sie umgebenden, vor allem der europäischen Welt stark verflochten. Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg gehört sie zu den reichsten Ländern der Welt.

Keine Kolonialmacht, aber an der Kolonialisierung beteiligt

Als Binnenland und Kleinstaat war die Schweiz weder politisch noch militärisch an der Kolonialisierung der Welt durch Europa beteiligt. Dagegen haben Teile ihrer Wirtschaft am Handel mit den Kolonien teilgenommen. So war die Schweiz im 19. Jahrhundert nach Grossbri-

tannien international einer der bedeutendsten Textilexporteure, namentlich für bedruckte Baumwolltücher, die grossenteils in die Kolonien verkauft wurden, auch in jene, aus denen der Rohstoff Baumwolle importiert wurde (nicht zufällig hiessen diese Tücher "Indiennes", deren Produktion auch in gewissen Landkantonen wie etwa Glarus einen hohen Stellenwert errang). Auch am Sklavenhandel waren schweizerische Kapitalien und Kaufleute beteiligt, beispielsweise über Niederlassungen in Nantes, dem französischen Pfeiler des transatlantischen Dreieckshandels (David et al. 2005). Als drittes, nicht ökonomisches Beispiel sei die missionarische Tätigkeit in Afrika und Asien genannt; so spielen in gewissen Ländern wie etwa Mozambique noch heute Schulen eine wichtige Rolle, die von schweizerischen Missionaren gegründet wurden (in der portugiesischen und somit katholischen Kolonie Mozambique durch die waadtländische protestantische Mission).

Der Begriff "Wandel" kann genauso vieldeutig sein wie ein Landesname, im Zusammenhang mit einer nationalen Gesellschaft schon deshalb, weil sie komplex ist und nicht alle ihre Komponenten sich ohne weiteres im selben Sinne und im selben Ausmass verändern. Hier soll der mittelfristige Wandel im Vordergrund stehen, d.h. Prozesse, die sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts und besonders in den letzten Jahrzehnten abgespielt haben. Dabei steht hier dauerhafter und grundlegender Wandel im Mittelpunkt; von kurzfristigen Schwankungen wird abgesehen. Es geht um dabei Veränderungen, die besonders folgenreich sind, weitgehend unabhängig davon, wie intensiv sie von der Gesellschaft selbst wahrgenommen oder miteinander in Beziehung gesetzt werden. Schliesslich ist auch nach Nichtveränderungen zu fragen, denn nicht alles ändert sich, und wie der Wandel ist auch die Stabilität sozialer Formen nicht selbstverständlich, sondern sozial konstruiert und insofern erklärungsbedürftig.

Bildung

Wie die meisten europäischen Länder kennt die Schweiz ein der ganzen Bevölkerung zugängliches Bildungssystem erst seit dem 19. Jahrhundert, nach der Einführung des Schulobligatoriums, das seither schrittweise bis auf neun Jahre ausgedehnt wurde; nur Genf hatte bereits bei der Calvinischen Reformation (1536) ein allgemeines Schulwesen eingeführt. Mit Ausnahme der Universität Basel (1460) stammen auch die meisten Schweizer Universitäten und die so genannten Polytechnischen Hochschulen (ETH) aus der Gründerzeit im 19. Jahrhundert. Besonderes Merkmal des schweizerischen Bildungssystems ist, dass es – salopp gesagt – erst dabei ist, eines zu werden, denn aufgrund der stark föderalistischen Staatsstruktur liegt die Schulhoheit bei den Kantonen, sodass die Eidgenossenschaft nur beschränkte Einflussmöglichkeiten wahrnehmen kann (sie tut dies vor allem auf der Tertiärstufe, d.h. bei Universitäten und Fachhochschulen sowie bei der Berufsbildung). Deshalb kann auch heute, trotz langjährigen Koordinationsbemühungen, gesagt werden, jeder Kanton besitze sein eigenes Schulsystem. Eine weitere Besonderheit, welche die Schweiz mit

Deutschland und Österreich teilt, ist ihr stark ausgebautes duales Berufsbildungssystem (rund die Hälfte der Auszubildenden schliesst die Bildungsphase mit einer Berufslehre ab).

Einen entscheidenden Ausbau erfuhren die Mittelschulen (Sekundarstufe II) in den sechziger und siebziger Jahren, was einem wachsenden Anteil der Jugendlichen ermöglichte, überobligatorische Stufen der allgemeinen Bildung zu erreichen. Kann die Situation der sechziger Jahre mit der Anekdote illustriert werden, dass ein Personalchef eines Mittel- bis Grossbetriebs angesichts der Wahl zwischen zwei Maturanden gleich beide einstellte, so gelten heute Jugendliche, die nur die obligatorische Schulzeit absolviert haben, als bildungsarm und auf dem Arbeitsmarkt ernsthaft benachteiligt, während die früher relativ prestigeträchtige Matura (Abitur) heute kaum mehr "wert" ist als der Lehrabschluss.

Die genannte Expansion des Bildungssystems erfolgte vor allem in einem territorialen Sinne: Während vorher Mittelschulen, vor allem jene mit Matura, nur in den grössten Städten und teils sogar nur in den reicheren Kantonen existierten, wurde diese mittlere Bildungsstufe nun stärker dezentralisiert. Dadurch wurden zwei von drei wichtigen Ungleichheiten der Bildungschancen reduziert. Zum einen die räumliche, weil Mittelschulen für Kinder aus weniger zentralen (damit meist auch ärmeren) Wohnlagen zugänglicher wurden, zum anderen auch die geschlechtliche, zumindest indirekt, weil bis Ende der sechziger Jahre in gewissen Kantonen die Matura nur in einer einzigen, als (z.T. religiöses) Internat geführten Schule erworben werden konnte, die keine Mädchen aufnahm. Inzwischen haben die Frauen bildungsmässig stark aufgeholt, wenn auch nicht in allen Gebieten gleichermassen und mit Ausnahme der höheren Ränge an den Hochschulen. Die dritte grosse Ungleichheit der Bildungschancen ist mit der Schichtlage der Eltern verknüpft und wurde von der institutionellen Expansion kaum vermindert; nach wie vor gelangt ein wesentlich geringerer Anteil der Arbeiterkinder bis zur Universität (6%) als etwa bei Kindern aus freiberuflichen oder unternehmerischen Milieus (52% bzw. 33%, Schweizerisches Haushaltspanel + SILC-Pilot 2004, eigene Auszählung).

Die jüngste markante Veränderung besteht einerseits in der schweizweiten Einführung von Fachhochschulen mit Universitätsrang ("Berufsuniversitäten"), die allerdings vor allem durch eine Rangerhöhung bereits bestehender Institutionen (z.B. Technika, Schulen für Sozialarbeit) erfolgte und insofern nur beschränkt als Strukturwandel angesehen werden kann, andererseits in der Durchsetzung der Bologna-Reform auf Universitäts- und Fachhochschulebene. Die konkreten sozialen Auswirkungen beider Massnahmen sind erst am Entstehen und bisher noch kaum untersucht.

Das Bildungssystem ist sozial deshalb besonders wichtig, weil es jener Gesellschaftsbereich ist, in dem die persönliche Bildung erworben wird, und weil von der Erstausbildung in einem zwar nicht ausschliesslichen, aber doch sehr weitgehenden Ausmass abhängt, wo und vor

allem wie "hoch" junge Frauen und Männer sich in der Berufswelt positionieren können. Es wurde schon angedeutet, dass in der Schweiz die Bildungsvererbung von den Eltern auf die Kinder – wie in den meisten europäischen oder OECD-Ländern – relativ stark ins Gewicht fällt, obwohl dank der Bildungsexpansion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein gewisser "Fahrstuhleffekt" der kollektiven Bildungsmobilität zustande kam: Die Bildungsverteilung in der Bevölkerung hat sich nach oben verschoben, ohne dass dadurch die Bildungungleichheiten im Sinne der sozialen Schichtung markant verringert worden wären. Ausserdem hat sich die hierarchische Struktur der Wirtschaft nicht im selben Ausmass und gleichzeitig verändert, im Gegenteil, aufgrund neuer Managementpraktiken (z.B. *lean management*) und Konzentrationstendenzen (z.B. Fusionen) wurden in den achtziger Jahren mittlere Chargen eher ausgedünnt, sodass heute mit einem relativ "guten" Bildungsabschluss weniger hoch gestellte Berufspositionen erreichbar sind als vor zwanzig oder dreissig Jahren. Deshalb hat die Vergrösserung des Bildungsvolumens *de facto* zu einer gewissen Inflation des Mobilitätswertes der verschiedenen Bildungsniveaus geführt.

Trotzdem ist Bildung nach wie vor eines der zentralsten sozialen Güter, nicht nur auf der Ebene der effektiven Lebensverläufe, wie sie statistisch nachvollzogen werden können, sondern auch im Bewusstsein der Bevölkerung.

Wirtschaft

Für alle westlichen Wirtschaften war die Industrialisierung ein entscheidender Umbruch, der oft zu starken sozialen und politischen Verwerfungen geführt hat. Die Schweiz hat diese Umbruchsphase besonders schnell und zugleich auf eine besondere Art durchlaufen, die knapp angedeutet werden soll. Einerseits erscheint sie aufgrund wirtschaftshistorischer Analysen als gleich früh "industrialisiert" wie die industrielle Führungsnation England (~1830), obgleich der Prozess hier später einsetzte als dort. Andererseits kannte die Schweiz bereits im 18. Jahrhundert in einigen Schlüsselregionen eine Protoindustrialisierung, deren Besonderheit war, dass sie sich nicht in den Städten entwickelte, sondern auf der Landschaft (vor allem die Textilherstellung und -veredelung in den Basler oder Zürcher Landgegenden, aber auch etwa im Kanton Glarus, teils auch die Uhrenfabrikation im Jura). Das war – neben der Tatsache, dass es sich um Veredelungs- und nicht um Schwerindustrie handelte – einer der wichtigsten Gründe dafür, dass die Industrialisierung vorwiegend als technische, nicht aber als soziale Revolution ablief, somit auch wesentlich reibungsloser als in anderen Ländern. Dazu trug auch bei, dass die Mechanisierung zuerst kaum in Fabriken stattfand, sondern eher in den Häusern der Heimarbeiter, und dass in einer darauf folgenden Übergangsphase viele Fabrikarbeiter nebenher weiterhin im kleinen Massstab Landwirtschaft betrieben ("Arbeiterbauern"); der in anderen Industrieländern beschleunigt voranschreitende Urbanisie-

rungsprozess verlief in der Schweiz weit langsamer und führte nur vereinzelt zu eigentlichen Industriestädten (La Chaux-de-Fonds, Winterthur).

Der wichtigste wirtschaftliche Strukturwandel war dennoch in einer ersten Phase die Entwicklung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft. Arbeiteten 1900 31% der Beschäftigten im Primärsektor, waren es 2007 noch ganze 4%! (Die in diesem Kapitel verwendeten Zahlen stammen aus verschiedenen Publikationen des Bundesamts für Statistik.) Der Beschäftigungsanteil der Industrie entwickelte sich zunächst umgekehrt und stieg von 18% (1900, nur Fabrikarbeit) bis zu einem Maximum von 51% (1963, Industrie insgesamt); anschliessend sank er wieder auf 24% (2007). Dagegen stieg der Anteil des Dienstleistungssektors regelmässig von 24% (1900) auf 72% (2007). Dieser wirtschaftliche Wandel betraf nicht nur die Branchenstruktur, er brachte tiefgehende soziale Veränderungen mit sich. Dazu nur eine einzige Illustration: Die Situation der wirtschaftlichen Selbständigkeit wurde ein Minderheitsphänomen, die grosse Mehrheit der Schweizer Erwerbstätigen ist lohnabhängig geworden (die Selbständigenquote sank im Laufe des 20. Jahrhunderts von 27% auf 7%). Der alte, auf dieser Selbständigkeit beruhende Mittelstand von Bauern, Handwerkern und Händlern wurde weitgehend durch weniger homogene Mittelschichten ersetzt, deren Status nicht auf Eigentum beruht, sondern auf Qualifikation; wer weder über Besitz noch über Qualifikation verfügt, sieht sich mit einem massiven Armutsrisiko konfrontiert.

Die gleichzeitig in mehreren Schüben stattfindende Expansion der Wirtschaft und damit der Beschäftigtenzahl führte einerseits dazu, dass Arbeitslosigkeit – jedenfalls seit dem Zweiten Weltkrieg – in der Schweiz kein Massenphänomen wurde, sondern im Gegenteil im allgemein sehr gering war und nur während kurzer Rezessionsphasen anstieg. Allerdings ist Berufstätigkeit an sich in den vergangenen 10-15 Jahren keine genügende Garantie gegen Armut mehr, die Schweiz zählt ein nicht zu vernachlässigendes Segment von *working poors* (5%). Die wirtschaftliche Expansion ermöglichte jedoch mehreren Generationen schweizerischer Erwerbstätiger, beruflich aufzusteigen, vor allem in den auf den Zweiten Weltkrieg folgenden rund 25 Jahren, während die unteren beruflichen Ränge durch Arbeitsimmigranten aufgefüllt wurden (der Ausländeranteil unter den Beschäftigten stieg von einem Kriegsminimum von rund 5% (1941) auf 26% (2007) und ist damit europaweit einer der höchsten). Diese Einwanderung erfolgte in mehreren Wellen, die schwerpunktmässig aus immer wieder anderen Ländern kamen, sodass die kulturelle Heterogenität der schweizerischen Bevölkerung stark zugenommen hat und integrative Institutionen wie etwa die Schule stark fordert. Die Herkunftsländer lagen zunächst im – katholischen – Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal), anschliessend im Balkan und der Türkei, sodass in gewissen Regionen der Anteil der Katholiken und auch der Muslime weit über ihr historisches Mass anstieg. So zählt etwa Genf, historisch als "protestantisches Rom" bekannt, heute noch einen Protestantenanteil

von 17%, und der Islam ist nach dem Protestantismus und dem Katholizismus die drittstärkste Religion der Schweiz geworden, wenn auch mit grossem Abstand (4%).

Bereits die relative Deindustrialisierung seit den siebziger Jahren ist im Rahmen der verstärkten Globalisierung zu sehen, die durch zunehmende Produktionsauslagerungen und weitere Formen internationaler Expansion gekennzeichnet ist, sodass Schweizer Firmen insgesamt heute bereits ungefähr ein Drittel ihrer Stellen im Ausland halten. In den vergangenen 10-20 Jahren schlägt sich diese Entwicklung auch in der feineren Branchenstruktur nieder: Im industriellen Sektor halten sich vor allem hochveredelnde, stark exportorientierte Spezialproduktionen im Land, im Dienstleistungsbereich "mehrwertintensive" Aktivitäten wie Forschung, Verwaltung, Steuerung und Beratung von Unternehmen. Gemeinsamer Nenner dieser Globalisierungsgewinner unter den Wirtschaftstätigkeiten ist, dass sie besonders hoch qualifizierte Arbeitskräfte mobilisieren, was die wenig qualifizierten Bevölkerungsteile verstärkt unter Prekarisierungsdruck setzt.

Die starke wirtschaftliche Verknüpfung der Schweiz mit dem Ausland wurde bereits erwähnt und ist historisch kein neues Phänomen, hat sich aber weiter verstärkt. Der Aussenhandel verbindet sie vor allem mit Europa (vier Fünftel der Importe kommen aus der EU, zwei Drittel der Exporte gehen dorthin, ein grosser Teil des sonstigen Aussenhandels geht in die übrigen OECD-Staaten). Darin könnte eine entscheidende Auslandabhängigkeit gesehen werden; sie wird u.a. dadurch relativiert, dass der Wirtschaftsumfang der Schweiz im internationalen Vergleich, obwohl überproportional zum Territorium oder zur Bevölkerung, eher bescheiden ist, sodass Nischenstrategien für die Exportwirtschaft und damit auch für die nationale Ökonomie tragfähiger sind als in grösseren Ländern.

Eine weitere Besonderheit der schweizerischen Wirtschaft ist die starke Präsenz der Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Nur gerade ein Prozent aller Betriebe zählt über 100 Beschäftigte, totalisiert aber 47% aller Stellen; ihre beschäftigungsmässige Bedeutung hat vor allem nach den neunziger Jahren stark zugenommen. Wie in anderer Hinsicht kann diesbezüglich von einer deutlichen Konzentrationstendenz gesprochen werden, in deren Rahmen für einen wachsenden Anteil der Beschäftigten die Distanz zu den Entscheidungsträgern, von denen sie und ihre Arbeits- und Existenzbedingungen abhängen, immer grösser wird. Dasselbe gilt in umgekehrter Richtung: Während in KMU meist relativ direkte Beziehungen zwischen Leitung und MitarbeiterInnen bestehen, bewegen sich die Entscheidungsträger von Grossunternehmen in einer vom übrigen Personal stark abgeschotteten Sphäre mit ihren eigenen normativen Bezugssystemen. Die hierarchischen Distanzen haben zugenommen und sind durch abstrakte Managementtechnologien mediatisiert, die von Spezialisten gehandhabt werden. Die exorbitanten Saläre einiger Spitzenmanager (der höchste bekannte jährliche Managerlohn entspricht gut siebzehnmals dem Lebenslohn einer Person, die den von den Gewerkschaften geforderten, aber noch nicht in allen Branchen realisierten Minimallohn von 3000

Franken pro Monat verdient) sind dabei nur ein besonders sichtbares und öffentlich diskutiertes Element einer wesentlich vielfältigeren hierarchischen Realität im Wirtschaftsleben, deren Legitimität nach langer Latenzzeit problematischer werden könnte. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht hat, ab einem gewissen Ausmass, auch politische Konsequenzen, im Sinne eines übermässigen politischen Einflusses der Grossunternehmen oder gar eines wirtschaftlichen Klumpenrisikos, wie es die Probleme des Finanzsektors (allein auf die Banken entfallen 10% der Beschäftigten, 12% des Bruttoinlandproduktes, 15% des Steueraufkommens) in der Rezession 2008-09 illustrieren.

In territorialer Hinsicht sind die Kantone nach wie vor wichtige wirtschaftliche Subsysteme, obwohl sich gerade die Zusammenarbeits- und Kontrollstrukturen der Unternehmen kaum mehr an deren Grenzen orientieren. Das historische Gefälle zwischen ärmeren, vorwiegend katholischen und reicheren protestantischen Kantonen hat sich wohl abgeschwächt, ist aber nicht völlig verschwunden (die erste Industrialisierungsphase war auf protestantische Kantone beschränkt, was das wirtschaftliche und politische Machtgefälle zwischen protestantischen und katholischen Regionen nachhaltig verschärfte).

Die schweizerische Wirtschaft ist also heute sehr stark vom Dienstleistungssektor geprägt, besonders unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung. Qualifikation spielt eine entscheidende Rolle für die beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten, und entgegen gewissen Diskussionen der achtziger Jahre ist der Druck ("Stress") in der Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten, besonders aber in den neunziger Jahren und seither enorm gewachsen. Dies vor allem im Zusammenhang mit der zunehmenden Exposition gegenüber der internationalen Konkurrenz und mit der starken Ausrichtung der Führung besonders grösserer und börsenkotierter Unternehmen auf den *Shareholder Value*. Diese Umorientierung hat dazu geführt, dass ein Grundstein des berühmten Schweizer Arbeitsfriedens in vielen Bereichen zumindest stark in Frage gestellt wurde, nämlich das Prinzip der gleichmässigen Verteilung der Resultate aus Produktivitätsfortschritten zwischen Arbeit und Kapital. Löhne gelten in dieser Perspektive nicht mehr als legitime Beteiligung von Sozialpartnern am Unternehmenserfolg, sondern vorrangig als zu minimierender Kostenfaktor. Das Ausmass der hierarchischen und lohnmässigen Ungleichheiten hat zumindest im Bereich der Grossunternehmen entgegen gewisser Erwartungen nicht ab-, sondern zugenommen.

Politik

Obwohl die Schweiz stolz auf ihre jahrhundertealte demokratische Tradition ist, stammt die gegenwärtige politische Struktur aus dem 19. Jahrhundert. Das vorher herrschende "Ancien Régime" ist kaum demokratisch zu nennen; der Einmarsch Napoleons erschütterte es 1798 entscheidend und leitete eine politische Instabilität ein, die bis zur Jahrhundertmitte dauerte und sogar einen kurzen Sezessionskrieg zwischen fortschrittlichen protestantischen und

konservativen katholischen Kantonen einschloss. Die 1848 installierte politische Struktur ist dem US-amerikanischen System nachgebildet und wurde in zwei Schritten weiter demokratisiert (der zweite Schritt, der namentlich das Proporzwahlssystem für die grosse Parlamentskammer einführte, kann als Resultat des einzigen schweizerischen Generalstreiks von 1918 angesehen werden). Diese Struktur ist durch einen stark ausgeprägten Föderalismus und damit auch durch einen relativ schwachen Zentralstaat gekennzeichnet. Auf die drei Hauptebenen der politischen Organisation entfallen denn auch die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu ähnlichen Teilen (Gemeinden 27%, Kantone 41%, Bund 32%); vor allem auf Bundesebene bestehen gewisse Ausgleichsmassnahmen zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kantonen. Eine weitere Besonderheit des schweizerischen politischen Systems ist der starke Ausbau der Volksrechte: Bürger und Bürgerinnen (diese erst seit 1971) können nicht nur wählen, sondern auch über politische Sachgeschäfte abstimmen und solche Abstimmungen einleiten. Allerdings braucht es für die erfolgreiche Benützung der entsprechenden Instrumente (Volksinitiative, Referendum) beträchtliche Mittel, weshalb denn auch das wichtigste Gewichtungskriterium von Interessen im politischen Prozess die Referendumsfähigkeit der entsprechenden Gruppierungen ist.

Die politische Struktur der Schweiz hat sich in den Jahrzehnten seit dem Ersten Weltkrieg und dem eben erwähnten Generalstreik nur unwesentlich verändert. Zu den erwähnenswerten Ausnahmen gehört vor allem die Einführung der politischen Rechte für Frauen 1971 und die Gründung des Kantons Jura 1978, während etwa die Zugestehung politischer Rechte an gewisse Kategorien von ImmigrantInnen (Niedergelassene) bisher nur in zwei Kantonen realisiert werden konnte (Neuenburg und Jura). Diese relative Stabilität ist nicht ohne Probleme. Strukturell integriert das politische System der Schweiz zwei Konfliktlinien direkt. Die eine ist die Diversität und Autonomie der Kantone (z.B. durch das Zweikammerprinzip, gemäss dem die Kantone in der Volksskammer, also im Nationalrat, entsprechend der Bevölkerungsgrösse der Kantone vertreten sind, während in der zweiten Kammer, dem Ständerat, jeder Vollkanton zwei Sitze hat und jeder Halbkanton einen). Die zweite stark institutionalisierte Konfliktlinie ist jene der Klassenpolarität, also der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital (etwa durch die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrats). Andere Interessendivergenzen, wie etwa Umweltprobleme oder die Probleme der grösseren Städte gegenüber den sie umgebenden Regionen, sind nicht strukturell vorgesehen und müssen über die normalen Prozesse der politischen Themenbearbeitung behandelt werden; dieser Weg ist entsprechend aufwendiger und langsamer.

Eine wichtige Veränderung liegt in der verstärkten wirtschaftlichen Globalisierung der letzten Jahrzehnte begründet. Sie besteht aus einer wachsenden Kluft zwischen der Steuerungsfähigkeit der international tätigen Unternehmungen, die sehr mobil geworden sind und damit ihre Bindung an ein festes Territorium stark vermindert haben, und den Einflussmöglichkei-

ten des (kommunalen, kantonalen, nationalen) politischen Systems, das ans Territorium und seine Ressourcen gebunden bleibt. Daraus – wie auch aus der Machtkonzentration in der nationalen Wirtschaft – resultiert ein tendenzieller Machtverlust des politischen Systems, der auch die demokratische Teilnahmereitschaft der Bürgerinnen und Bürger untergräbt.

Was sich in jüngerer Zeit ebenfalls verändert hat, ist die Gewichtung der politischen Kräfte in Form der Parteien, vor allem auf Bundesebene. Davon ist weniger die Grundaufteilung in Links und Rechts berührt als die Verhältnisse innerhalb der beiden "Blöcke". Im bürgerlichen Lager hat sich die Schweizerische Volkspartei immer stärker rechtskonservativ profiliert und auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien seit dem Ende der achtziger Jahre beträchtlich an Stimmen gewonnen. Auf der Gegenseite hat sich die Grüne Partei bei wachsenden Stimmenanteilen gegenüber der Sozialdemokratischen Partei stärker links positioniert und auch von der wieder gewachsenen öffentlichen Aufmerksamkeit auf Umweltprobleme profitiert. Insgesamt hat sich so in den letzten zwanzig Jahren eine gewisse Polarisierung der politischen Kräfte entwickelt, die oft gehörten Behauptungen über die schwindende Relevanz der Links-rechts-Dimensionen deutlich widerspricht und wohl nicht unwesentlich – trotz den gerade erwähnten gegenteiligen Anstössen – zur Animierung des politischen Lebens beigetragen hat. Dem ist wohl auch zuzuschreiben, dass die während längerer Zeit sinkende Stimm- und Wahlbeteiligung in derselben Periode stagniert bzw. wieder leicht steigende Tendenz aufweist.

Der politische Bereich der Gesellschaftsorganisation ist wichtig, weil er einerseits der gesamtgesellschaftlichen Steuerung dient und Konflikte reguliert, die in anderen Gesellschaftsbereichen entstehen. Andererseits ist er der einzige dieser Bereiche, der demokratisch verfasst ist und direkt auf Absichtserklärungen aus der Bevölkerung reagieren muss (während etwa die Wirtschaft dies vorwiegend nur indirekt tut, aufgrund des Marktverhaltens der Konsumenten). Er bietet also wie kein anderer Gesellschaftsbereich den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten, ihre Lebensumstände zu beeinflussen. Zu deren Absichtserklärungen gehören nicht nur die institutionell vorgesehenen Formen, sondern auch spontanere Ausdrucksmittel wie z.B. Demonstrationen. In diesem erweiterten Feld politischer Meinungsäusserungen fallen einige mittelfristige Veränderungen der Probleme auf, die Teile der Bevölkerung mobilisiert haben. Umweltprobleme haben an politischer Brisanz seit den späten sechziger Jahren deutlich zugenommen, wenn auch anfänglich nur langsam und mit einer zwischenzeitlichen Baisse während der achtziger Jahre. Klassische und weniger klassische linkspolitische Anliegen haben in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren nach starker und rascher Zunahme einen Mobilisierungshöhepunkt erreicht ("Neue Linke") und sind seither wieder etwas zurückgegangen, allerdings nicht auf ihr besonders geringes Niveau während der Zeit des Nachkriegsaufschwungs (die auch die Zeit des ideologisch heißen Kalten Krieges war). Spezifischere Themen haben nur punktuell mobilisiert (Beispiel:

Unabhängigkeit des Kantons Jura). Oft haben diese Mobilisierungen zur Hauptfunktion, ein Thema in die institutionellen politischen Verfahren einzuspeisen und verschwinden in der Masse wieder von der Mobilisierungsszene, wie sie tatsächlich vom politischen System aufgenommen werden (Beispiel: Xenophobie und Isolationismus).

Wandel und Konstanz

Dieser sehr knapp und selektiv gehaltene Rundgang durch drei zentrale Gesellschaftsbereiche hat viele Beispiele folgenreicher Veränderungen zu Tage gefördert wie die strukturelle Expansion von Bildungssystem und Wirtschaft, der Wandel der wirtschaftlichen Sektorenstruktur, die verstärkte Einbindung in internationale Verflechtungen, die Tendenz zur Verstärkung der bestehenden sozialen Ungleichheiten und zur strukturellen Differenzierung. Daneben gibt es auch eine Reihe beharrender Strukturelemente, zu denen die privilegierte internationale Position gehört, die territoriale und die politische Struktur sowie die bisher nicht herausgehobene Tatsache, dass mehrere gesellschaftliche Konfliktlinien sich überkreuzen (*cross-cutting cleavages*) und damit das politische Konfliktpotential mässigen, statt – was auch denkbar wäre – parallel zu liegen und sich so gegenseitig zu verstärken. Auch auf weniger makroskopischer Ebene gibt es die Gemengelage von Wandel und Konstanz, ein einziges Beispiel muss zur Illustration genügen. Ausgehend von ihrer radikalen Infragestellung durch die zweite Welle der Frauenbewegung ab dem Ende der sechziger Jahre ist die Schlechterstellung der Frauen sozial und politisch immer illegitimer geworden, und Frauen haben zunehmend ihre Anteile auch auf mittleren Ebenen der Bildungs-, Berufs- und politischen Hierarchie verbessert. Verstecktere Elemente der Geschlechterdifferenzierung sind dagegen relativ stabil geblieben, etwa die innerfamiliäre Arbeitsteilung, besonders nach der Geburt von Kindern, oder die Geschlechtstypisierung von Berufen in der Ausbildung und in der Arbeitswelt.

Weniger wurde bisher vom Kulturwandel gesprochen, der ebenfalls stattfindet. Einerseits hat die Schweiz den Wertewandel mitgemacht, der in den privilegierten Ländern der Welt seit den siebziger Jahren diagnostiziert wurde: weg von Präferenzen des Typs "Ruhe und Ordnung", hin zu Werten von Selbstentfaltung und Soziabilität. Andererseits haben die strukturelle Differenzierung zusammen mit der verschärften Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende Vorherrschaft des neoliberalen Diskurses der vergangenen zwanzig Jahre einen kompetitiven Individualismus gefördert, der nur teilweise mit den eben erwähnten "neuen" Werten verträglich ist und vor allem deren Soziabilitätskomponente in relativ unverbindliche Zonen des Privatlebens zu verdrängen droht.

Eine direkte Folge des Strukturwandels ist die Diversifizierung der konkreten Lebenswelten, die ihrerseits einen starken strukturellen Anstoss zu verstärktem Individualismus darstellt. Zu den grundlegenden und vermutlich nachhaltigen Veränderungen gehört weiter die Entste-

hung von Problematiken, die aus dem teilweisen Auseinanderlaufen von Veränderungen (Diversifizierung der gesellschaftlichen Problemlagen und Interessendivergenzen) und Stabilität (etwa der politischen Institutionen und ihrer Kapazität zur Problembearbeitung) resultieren sowie eine zumindest relative Verminderung der staatlichen Steuerungskapazität angesichts zunehmend ausserhalb der nationalen Grenzen angesiedelter Problemquellen.

Dazu gesellt sich, zumindest in Ansätzen, eine Deregulierung der individuellen Lebensläufe, deren Planbarkeit abnimmt, jedenfalls was die Sicherheit zentraler biographischer Übergänge betrifft, besonders von der Bildungs- in die Berufsphase, und umgekehrt jenen aus der Berufswelt hinaus (z.B. für Mütter, oder als Zwangspensionierung für "ModernisierungsverliererInnen"). Vor diesem Hintergrund sind auch zwei grundlegende kulturelle Veränderungen zu sehen, die sich teilweise widersprechen. Die Tendenz zur politischen Polarisierung mag einerseits direkt mit den praktischen Erfahrungen der Bevölkerung in ihren durch den skizzierten Strukturwandel geprägten divergierenden Lebenswelten zusammenhängen, andererseits auch mit den eben erwähnten Tendenzen des Kulturwandels. Verschiedene der dargestellten Veränderungen dürften eine verstärkte Entfremdung zwischen Machteliten und allgemeiner Bevölkerung bewirken, aus der sich ein politisches Spannungspotential mit individualistischer Ausrichtung ergibt, das für populistische Taktiken mit repressiver und isolationistischer Ausrichtung ein günstiges Terrain darstellt. Insgesamt ist für die unmittelbare Zukunft zu erwarten, dass die Spannung zwischen der zukunftsorientierten Verwaltung der international privilegierten Situation der Schweiz und ihrem internen Konfliktpotential weiter zunimmt und die politische Aufmerksamkeit weiter auf sich konzentrieren wird.

Bibliographie

- Bairoch, P.; Körner, M. (1990): Die Schweiz in der Weltwirtschaft. Zürich: Chronos.
- Bergier, J.-F. (1983), Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Einsiedeln: Benziger.
- Bühler, E. (2001): Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz. Zürich: Seismo.
- David, T.; Etemad, B.; Schaufelbuehl, J. M. (2005): Schwarze Geschäfte. Die Beteiligung von Schweizern an Sklaverei und Sklavenhandel im 18. und 19. Jahrhundert. Zürich: Limmat.
- Eberle, T.; Imhof K. (Hrsg.)(2007): Sonderfall Schweiz. Zürich: Seismo.
- Kriesi, H.; Farago, P.; Kohli, M.; Zarin-Nejadan, M. (eds.)(2005): Contemporary Switzerland. Revisiting the Special Case. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Levy, R. (2009): Die schweizerische Sozialstruktur. Zürich: Rüegger.
- Levy, R.; Joye, D.; Guye, O.; Kaufmann, V. (1998): Alle gleich? Soziale Schichtung, Verhalten und Wahrnehmung. Zürich: Seismo.

Linder, W.; Zürcher, R.; Bolliger, C. (2008): Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874. Baden: Hier+Jetzt.

Scholtz, H.; Nollert, M. (Hrsg.)(2007): Schweizer Wirtschaft – ein Sonderfall? Zürich: Seismo.

Schuler, M.; Dessemontet, P.; Jemelin, C.; Jarne, A.; Pasche, N.; Haug, W. (2007): Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz - Atlas des mutations spatiales de la Suisse. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.

Suter, Ch.; Perrenoud, S.; Levy, R.; Kuhn, U.; Joye, D.; Gazareth, P. (Hrsg.)(2009): Sozialbericht 2008. Die Schweiz vermessen und verglichen. Zürich: Seismo. (Daten zugänglich auf: http://forsdata.unil.ch/SR/RELEASE.3/Rapport_social/ge/index.html)